

# Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Zeitung

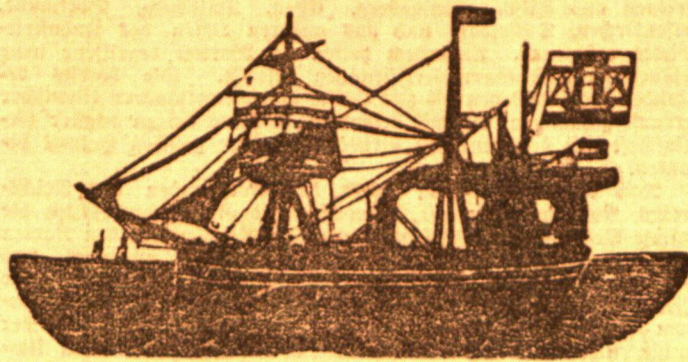
Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis  
Pränumerando 16 M. 50 Pf., mit Postlohn 18 M.

Auswärtige  
abonnieren bei den Postämtern und erhalten die Zeitung für 18 M. pro Quartal bei freier Zustellung.  
Sprechstunden der Redaktion: Vorm. 11 bis 12 Uhr außer Montag und Sonnabend.

Für Aufbewahrung und Rücksendung eingesandter Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Die Expedition ist geöffnet:  
An Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags.

Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.



Anzeigen werden für den Raum einer Kolonne Spaltweise von Abonnenten mit 1 M. von Nicht-Abonnenten u. Auswärtigen mit 1,20 M. berechnet. Kleinere Anzeigen für die ersten 5 Zeilen 50% Zuschlag. Eine Gewähr für die Einrückung bestimmter Plätze kann nicht übernommen werden.

Etwasiger Rabatt kann im Kontraktfalle, bei Einziehung des Rechnungsbetrages auf gerichtlichem Wege und außerdem dann verweigert werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Erfüllungsort ist Memel.

Anzeigen für die folgende Nummer bestimmt, sind spätestens bis vorm. 10 Uhr einzuliefern.

Telephonische Anzeigenannahme ohne Gewähr für Richtigkeit.

Belag-Exemplare kosten 30 Pf.

Fernsprechnummern: 26 und 28.

Mr. 241

Memel, Freitag, den 14. Oktober 1921

73. Jahrgang

## Die Genfer Entscheidung über Oberschlesien

### Das Industriegebiet durchschnitten — Bekanntgabe der Entscheidung frühestens Sonnabend — Der Oberste Rat und die Entscheidung — Proteste gegen die Teilung — Regierungskrise

Ms. Berlin, 13. Oktober. (Priv.-Tel.) Bestimmte amtliche Mitteilungen über die Entscheidung des Völkerbundsrates liegen auch heute noch nicht vor. Auch die nichtamtlichen Meldungen sind immer noch widerspruchsvoll und unklar. Man weiß noch nicht genau, welche ober-schlesischen Bezirke an Polen fallen sollen, rechnet aber mit sehr beträchtlichen Verlusten. Die Regierung hat sich infolge der Lage ihre Entscheidung über den Rücktritt des Kabinetts vorbehalten. Sie will die Entscheidung nicht treffen, ehe nicht eine Grundfrage vorhanden ist, die eine Klärung über die Frage der eventuellen Neubildung eines Kabinetts ermöglicht und einen Ausblick gestattet, in welcher Richtung eine Weiterführung der deutschen Politik zu erfolgen hat. Die politischen Parteien werden sich hierüber nun schlüssig werden müssen. Man hat also aus den letzten Kabinettskrisen gelernt, daß es unmöglich ist, und man rechnet in den schwierigsten Tagen ohne Regierung zu lassen, und mit einem Rücktritt des Kabinetts Wirth ist daher im Augenblick noch nicht zu rechnen. Sobald die Entscheidung vorliegt und man rechnet in amtlichen Kreisen damit, daß dies frühestens Sonnabend der Fall sein kann, — wird das Kabinett wahrscheinlich das Parlament befragen, ob es noch das Vertrauen des Reichstages besitzt. Möglicherweise, daß der Kanzler Wirth dann wiederum mit der Bildung des Kabinetts beauftragt werden wird. Der auswärtige Ausschuss des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden vorläufig auf Montag vormittag einberufen. Der Reichstag wird höchstwahrscheinlich am Dienstag zu einer Plenarsitzung zusammentreten.

#### Die wahrscheinliche Grenze

\* Paris, 13. Oktober. (Tel.) Der Genfer Berichterstatter des „Temps“ teilt mit: Die Grenzlinie in Oberschlesien, die der Völkerbundsrat vorzuschlagen beabsichtigt, scheint wie folgt zu verlaufen:

1. Polen erhält die beiden südlichen Kreise Pleß (insgesamt), Rybnik (zum größten Teil).
2. Das Industriegebiet wird unter die beiden Länder geteilt. Deutschland erhält die westlichen Kreise des Westens Gleiwitz, Hindenburg (Hindenburg sowie Bentzen-Stadt), Polen erhält die Kreise Königshütte, Bentzen-Land, Rattowitz-Stadt, Rattowitz-Land.
3. Die beiden im Osten von Oberschlesien gelegenen Kreise Tarnowitz und Lublitz werden in ihrem östlichen Teil Polen, in ihrem westlichen Teil Deutschland zugesprochen.
4. Deutschland behält die anderen ober-schlesischen Kreise im Norden, Westen und Zentrum, Kosel, Kreuzburg, Dypeln, Groß-Strehlitz, Losl, Ober-Hogau, Leobschütz und Ratibor.

Das das für Oberschlesien vom Völkerbundsrat in Aussicht genommene wirtschaftliche Abkommen betrifft, so glaubt der Genfer Mitarbeiter des „Temps“ zu wissen, daß die Frage große Schwierigkeiten bereite und in den letzten Tagen den Völkerbundsrat hart beschäftigt hätte. Man dürfe sagen, daß eine Kommission die Aufgabe haben werde, Verkehr, Wasserversorgung und andere ähnliche Fragen wirtschaftlicher und technischer Art zu regeln. Die Kommission, die wahrscheinlich nur drei Personen umfassen werde, würde ihre Tätigkeit zehn Jahre lang ausüben. Dieser Zeitraum werde indessen abgekürzt werden können, wenn beide Parteien einig seien, oder auch verlängert, wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstelle.

#### Die Kompetenz des Obersten Rats

\* Paris, 13. Oktober. (Tel.) „Echo de Paris“ teilt mit, daß zwischen der englischen und französischen Regierung seit einigen Tagen über das Verfahren verhandelt werde, um die Empfehlung des Völkerbundsrates hinsichtlich der Teilung und Verwaltung Oberschlesiens ins Werk zu setzen. Die beiden Regierungen seien noch nicht vollkommen einig. Deshalb habe sich die Völkervereinigung, die die Frage gestern prüfte, vertagen müssen. Engländer behauptet, daß nur der Oberste Rat ermächtigt sei, die Empfehlung von Genf in Empfang zu nehmen und mit Hilfe des Friedensvertrages zu interpretieren. Die französische Regierung glaube, daß die Empfehlung an sich genüge und ohne jede weitere Form auszuführen werden müsse. Andererseits scheint, daß die lebhaften Erörterungen der letzten Tage, die in Genf stattfanden, sich nicht auf die Grenzfestlegung, die erst langem Bestand, sondern auf die Maßnahmen bezog, die ergriffen werden sollen, um die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens und die starke industrielle Produktion der Deutschen in dem Bezirk aufrechtzuerhalten. Es sei wahrscheinlich, daß falls eine Sitzung des Obersten Rates stattfinden, sich diese auf das wirtschaftliche Einheitsregime erstreckt.

#### Eine Sonderkonferenz des Obersten Rats

\* London, 13. Oktober. (Tel.) „Evening Standard“ berichtet, es sei wahrscheinlich, daß eine Sonderkonferenz des Obersten Rates einberufen werde, um den vom Völkerbundsrat über die ober-schlesische Frage verfaßten Bericht zu erwägen. Man glaubt, daß die Konferenz des Obersten Rates innerhalb der nächsten acht bis zehn Tage in London stattfinden wird.

\* Genf, 13. Oktober. (Tel.) Der Beschluß des Obersten Rates über die Lösung der ober-schlesischen Frage soll erst nach einer späteren Notifizierung an die Regierungen in Berlin und Warschau veröffentlicht werden. Wie man hier heute abend erfährt, soll die Veröffentlichung in den Ententehauptstädten vor dem versammelten

Pressevertretern stattfinden. In Paris wird Tschii und Bourgeois, in London Balfour, in Rom Imperiali, in Genf der Generalsekretär Sir Eric Drummond der Presse den amtlichen Text mitteilen.

#### Außerordentliche Sitzung des Völkerbundsrates

\* Paris, 13. Oktober. (Tel.) Die „Petit Parisien“ aus Genf mitteilt, daß es wohl möglich, daß der Völkerbundsrat Ende dieser Woche in Paris zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentritt. Es wird alsdann der Wortlaut der Entscheidung, der heute dem Obersten Rat zur Genehmigung unterbreitet wird, verlesen werden. Wenn sich der Ausführung dieses Planes Hindernisse in den Weg stellen sollten, werden die Schriftstücke gleichzeitig in Genf, London und Paris veröffentlicht werden.

Triand wurde beim Verlassen des Finanzanschlusses von mehreren Abgeordneten über die Lösung des ober-schlesischen Problems gefragt. Er antwortete, daß die amtliche Mitteilung vom Völkerbundsrat noch nicht an ihn gelangt sei.

#### Der Reichskanzler zum Beschluß des Völkerbundsrates

\* Berlin, 13. Oktober. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichskanzler der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerbundsrat, soweit sich aus den unwidersprochenen Nachrichten entnehmen lasse, über das ober-schlesische Gebiet in einer Weise verfügte, welche weder der durch die Abstimmung klar zutage tretenden Willensäußerung der ober-schlesischen Bevölkerung, noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht. Zusammenfassend erklärte der Reichskanzler: Fällt die Entscheidung so, wie zu befürchten, so ist eine neue Lage geschaffen, welche die Voraussetzungen einschneidend beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reiches übernommen und geführt hat. Eine abschließende Entscheidung wird das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates, amtlich vorliegt. Der Reichskanzler stellte das als einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

#### Feierlicher Protest des Preussischen Landtags

\* Berlin, 13. Oktober. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Preussischen Landtags verlas Ministerpräsident Stegerwald vor Eintritt in die Tagesordnung namens der Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten, eine Erklärung zur ober-schlesischen Frage, in der gesagt wird, daß der Teilungsvorschlag des Völkerbundsrates gegen den Friedensvertrag verstoße, der die Entscheidung über ihr Schicksal der ober-schlesischen Bevölkerung selbst anweist. Diese hat mit großer Mehrheit sich dahin ausgesprochen, daß das Land bei Deutschland verbleiben soll. Polen kann keinerlei Rechtsanspruch auf Oberschlesien geltend machen. Trotzdem soll ein erheblicher Teil des ober-schlesischen Industriegebietes an Polen übergeben, obgleich Industrie, Handel und Gewerbe allein deutscher Arbeit und auch der Arbeit der deutschen Gewerkschaften (Widerstand und Unruhe auf der äußersten Linken) den Aufstieg zu geistiger und wirtschaftlicher Höhe verdanken und sich alle Sachverständigen des In- und Auslandes für die Unteilbarkeit Oberschlesiens als unabdingbare Voraussetzung des wirtschaftlichen Gedeihens ausgesprochen haben. Die Zerstückelung dieses Landes in einen deutschen und einen polnischen Teil würde ein Genozid sein, der gegen den Willen der gesamten ober-schlesischen Bevölkerung vorgenommen wird und damit zugleich den Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechts des Volkes verstoße. Der ober-schlesischen Bevölkerung gegenüber bekundet der Landtag die untrennbare Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes und drückt das Gelübnis unwandelbarer Treue zur ober-schlesischen Bevölkerung aus. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit und fortgesetzte Zwischenrufe bei der äußersten Linken.) Der Preussische Landtag erhebt feierlichen Einspruch gegen solche durch keinerlei Recht begründete Vergegenwärtigung der Ober-schlesier und er weiß sich in diesem Protest vollkommen einig mit der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit und große Unruhe und Zwischenrufe bei der äußersten Linken.)

Unter großer Unruhe des Hauses erhoben die Abg. Dr. Meyer (Komm.) und Leib (Unabh.) Einspruch gegen die Erklärung.

#### Für eilige Leser

Bestimmte amtliche Mitteilungen über die Entscheidung des Völkerbundsrates in der ober-schlesischen Frage liegen noch nicht vor.

Reichskanzler Dr. Wirth erklärte, daß, wenn die Entscheidung über Oberschlesien so falle wie zu befürchten sei, für die Regierung eine neue Lage geschaffen sei.

Der Preussische Landtag erhob feierlichen Einspruch gegen eine Teilung Oberschlesiens.

Der Oberste Rat soll zu einer Sonderkonferenz zusammentreten, um die Entscheidung des Völkerbundsrates zu beraten.

Auf der Burenlandkonferenz in Genuev wurde ein Übereinkommen erzielt.

Ungarn soll größere Unternehmungen gegen Wiener-Neustadt und Wien planen.

Die Alldeutschen beschloß, mit der Präsenz der Neutralisierungspläne der Alldeutschen die Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens zu betrauen.

## Die Genfer Entscheidung und das Kabinett Wirth

(Von unserm Berliner Ms.-Mitarbeiter)

Wie immer in kritischen Zeiten, so schwirren auch jetzt wieder mancherlei Gerüchte über Rücktrittsabsichten einzelner Minister, wie über Meinungsverschiedenheiten im Kabinett herum. Besonders glaubt man aus der Tatsache, daß der deutsche Botschafter in London, Stamer, nach Berlin berufen wurde, als der Reichskanzler noch nicht anwesend war, auf Differenzen zwischen dem Außenminister Dr. Rosen und dem Reichskanzler Dr. Wirth schließen zu können. Darüber hinaus beschäftigt man sich in politischen Kreisen natürlich eifrig mit der Frage des Rücktritts des Kabinetts Wirth.

Zweifellos ist ja die Situation äußerst kritisch, doch ist nicht anzunehmen, daß die Entscheidung über den Rücktritt des Kabinetts fallen wird, bevor nicht die Genfer Beschlüsse im Wortlaut in Berlin vorliegen. Ob es wirklich zutreffend ist, daß die deutsche Regierung, wie ausländische Blätter behaupten, durch ihren Botschafter in London hat mitteilen lassen, daß eine ungünstige Entscheidung über Oberschlesien den Rücktritt des Kabinetts bedinge, mag dahingestellt bleiben. Tatsache ist doch aber, daß der Reichskanzler Dr. Wirth schon früher in öffentlichen Reden selbst darauf hingewiesen hat, daß es ihm unmöglich sein werde, das Kanzleramt fortzuführen, wenn Oberschlesien nicht beim Reich bleibe. Hierin hat man fälschlicherweise im Ausland eine Drohung der deutschen Regierung sehen wollen. Das ist eine durchaus irrtümliche Auffassung der Lage. Man muß sich immer wieder erinnern, daß gerade in der Zeit, in der die Frage der Annahme oder der Ablehnung des Entente-Ultimatums zur Entscheidung stand, Lord George das Wort vom fair play sprach. Im Vertrauen hierauf hat der Kanzler, auch das ist ja schon in der ersten Kanzlerrede Dr. Wirths klar zum Ausdruck gekommen, das Kabinett der Erfüllung geübt und im Vertrauen darauf ist der in Deutschland von der Reaktion heftig bekämpfte Kurs eingeschlagen worden, der jetzt schiefwärts nach Wiesbaden führte. Niemand hat das Kabinett Wirth einen Zweifel daran gelassen, daß Oberschlesien für Deutschland eine Lebensfrage ist, und daß die Politik der Erfüllung nur möglich ist, wenn Oberschlesien beim Reich verbleibt. Mit Recht betont auch der mehrheitlich sozialistische „Vorwärts“, dem ganz gewiß niemand eine chauvinistische oder nationalistische Politik nachsagen wird, daß Deutschland die ungeheuren Anstrengungen zur Erfüllung der übernommenen Leistungen machen konnte, weil man versichert hatte, daß der ober-schlesische Lungenfänger, dessen wir als Schwerarbeiter unbedingt bedürfen, nicht beschnitten werde. Die Meinung darüber, ob es überhaupt möglich sein werde, die einmal übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, ist ja bekanntlich in Deutschland geteilt. Gegenüber den Optimisten, die diese Frage bejahen, steht eine große Reihe von Sachverständigen, nach deren Meinung eine Erfüllung auf die Dauer unmöglich ist. Darüber aber besteht nur eine Meinung, daß nach einem Auscheiden des ober-schlesischen Industriegebietes aus dem Verband des Reiches die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen unmöglich ist, und man ist sich auch darüber vollkommen klar, daß das Wiesbadener Abkommen bei einer Abtrennung Oberschlesiens vom Reich hinfällig werden würde. Welt dann die deutsche Industrie nicht mehr in der Lage ist, den Anforderungen, die das Abkommen vorsieht, gerecht zu werden.

Auch die Vertreter der Entente haben zugeben müssen, daß Deutschland alles getan habe, um seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, und sie haben in Paris ja auch erklärt, daß Deutschlands Falschung in der Wiederherstellung der Industrie korrekt sei. In dem Augenblick aber, in dem Oberschlesien vom Reich abgetrennt wird, ist es unmöglich, diese Politik fortzusetzen. Das Kabinett Wirth, das zwar mancherlei Lob von der Entente geerntet hat, dem aber niemals eine ernste Unterstützung zu Teil wurde, würde eine solche Erschütterung seiner Stellung, ganz besonders im Hinblick darauf, daß ja auch die militärischen Sanktionen noch nicht aufgehoben sind, nicht überleben. Der „Vorwärts“ tritt nun zwar dafür ein, daß das Kabinett Wirth auch weiterhin am Ruder bleiben möge. Die Wegnahme Oberschlesiens in dem Umfange, der jetzt geplant scheint, würde aber die ganze bislang verfolgte Politik erschüttern, und es kann heute bereits als sicher gelten, daß auch die Koalition nicht mehr aufrecht zu erhalten wäre, wenigstens nicht mit einem Erfüllungsprogramm. Würde sich eine sozialistische Widerstandsregierung bereithalten, das Kabinett Wirth abzulösen, so würde eine solche Regierung, trotz all der Schlagworte von der Erfüllung der Goldwerte usw. doch sehr bald bei der Durchführung ihres Programms Schiffbruch leiden. Das Parlament, wie die Regierung selbst wird sich also, so bald die Genfer Beschlüsse vorliegen, vor Entscheidungen gestellt sehen, deren Tragweite man heute noch nicht einmal abzuschätzen vermag.

#### Die Schlussansprache Tschii's

\* Genf, 13. Oktober. (Tel.) Die Tagung des Völkerbundsrates über die ober-schlesische Frage ging heute zu Ende. Gegen 8 Uhr abends unterzeichneten die Staatsmitglieder das Schlussprotokoll. Heute abend reist ein besonderer Kurier nach Paris ab, um dem Präsidenten des Obersten Rates, Briand, das Gutachten des Völkerbundsrates zu überbringen. Am Schluß der letzten Tagung hielt Baron Tschii, der Präsident der Tagung für die ober-schlesische Frage, folgende Ansprache: Meine Herren, der Völkerbundsrat schätzt sich glücklich, bei der Lösung einer der schwierigsten und verwideltsten Fragen angefragt zu sein. Er hat, davon bin ich überzeugt, eine der wichtigsten Aufgaben, die ihm aufgetragen wurden, mit Erfolg durchgeführt. Es ist dies eine entscheidende Stunde im Leben des Völkerbundes. Gestatten Sie mir, bei dieser feierlichen Gelegenheit im Namen meiner französischen, englischen und italienischen Kollegen wie auch in meinem eigenen Namen unsern vier Kollegen aus Belgien, Brasilien, China und Spanien dafür zu danken, daß sie dem Rat ihre wertvolle Hilfe gewährten. Das Ergebnis ihrer Arbeiten ist vom Geiste der Rechlichkeit und hohen Unparteilichkeit erfüllt. Gleichzeitig kann ich nicht umhin, den ehrenwerten Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Sie gaben trotz der großen nationalen Interessen, die auf dem Spiele standen, eifrigste Beweise ihrer Verfohlbarkeit. So gelang es uns, eine glückliche Lösung des Problems zu erzielen.

Gestatten Sie mir, im Namen des Rates unserem hervorragenden Generalsekretär und seinen Mitarbeitern vom Sekretariat für die wertvolle unermüdete Mühe bei den Arbeiten unserer vier Berichterstattung zu danken. Schließlich bitte ich Sie, meinen persönlichen tiefgefühlten Dank dafür entgegenzunehmen, daß Sie mir die unverdiente Ehre erwiesen, bei dieser denkwürdigen nunmehr geschichtlichen Sitzung über die oberste Frage zu präsidieren, deren soeben erfolgte Lösung nicht verfehlen wird, in hohem Maße zur Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt beizutragen.

### Mitteilung des Völkerbundssekretariats

\* Genf, 13. Oktober. (Tel.)

Das Völkerbundssekretariat gab am abends folgende Mitteilung aus, in welcher die für die Versammlung in der oberste Frage maßgebenden Gesichtspunkte dargelegt werden, ohne daß über die Lösung selbst Mitteilungen gemacht werden. Der Völkerbundrat beendete seine Arbeiten über die Festlegung der Grenzen in Oberschlesien. Ein Kurier, der abends nach Paris abgeht, wird Briand, dem amtierenden Präsidenten des Obersten Rates, die Antwort des Völkerbunds auf die Einladung überbringen, die er am 12. August an den Rat richtete mit dem Ersuchen, dem Obersten Rat bei der Lösung des oberste Problems selbst Beistand zu leisten. Bei der Prüfung des Problems mußte auf Grund der Bestimmungen des Verfallers Vertrages der Völkerbundrat sowohl die in der Volksabstimmung ausgedrückten Wünsche der Bevölkerung wie auch die wirtschaftliche und geographische Lage in Betracht ziehen. Eine ernste Schwierigkeit ergab sich daraus, daß die Bewohner, die für Deutschland stimmten, mit den Bewohnern, die ihre Stimme für Polen abgaben, mit einander vermengt leben und zwar in einem Verhältnis, das zwar nicht immer das gleiche, aber in dem dichtbevölkerten Lande doch stets sehr beträchtlich ist und zwar sowohl unter wirtschaftlichen als auch geographischen Gesichtspunkten. Eine Grenze, welche Bewohner, die für Deutschland gestimmt haben, nicht an Polen gegeben hätte, war undenkbar, so daß dem Rat kein anderer Ausweg blieb, als diesen Fall dadurch zu verringern, daß er die Grenze so sehr wie möglich dem Abstimmungsresultat anpasse. Eine derartige Grenzlinie hätte jedoch Gebiete zerschnitten, die industriell eng voneinander abhängen. Die Aufstellung einer neuen Grenze in einem Gebiet, das sich wirtschaftlich unter denselben Gesichtspunkten mit denselben Bedingungen entwickelte, müßte auf beiden Grenzseiten die verhängnisvollsten Folgen haben. Das wäre auch hier der Fall gewesen, wenn die Errichtung einer neuen Zollgrenze die Auflösung der öffentlichen Betriebe wie Bergwerke, den Umlauf deutschen Geldes und das Inkrafttreten einer neuen bürgerlichen und industriellen Gesetzgebung mit sich gebracht hätte. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnten unmöglich nur durch eine leichte Abänderung einer auf Grund der Volksabstimmung erlangten Grenze behoben werden. So gibt es Gebiete, in denen die Abstimmung der einen oder anderen Nationalität ein zweifelloses, wenn auch nicht überragendes Uebergewicht sicherte. Selbst wenn man nun diese Volksabstimmung geteilt hätte, würde die Grenze auf das engste miteinander verknüpfte wirtschaftliche Gruppen zerschneiden. Der Rat sah sich daher folgender Lage gegenüber: Eine Grenzlinie, die nicht das Industriegebiet zerschneidet, hätte die Hoffnungen und Wünsche von nicht etwa kleinen Mehrheiten in unwichtigen Gebieten, sondern von entscheidenden Mehrheiten in sehr wichtigen Gebieten vernichtet. Tatsächlich hat nun aber die Volksabstimmung diese Hoffnungen und Wünsche nicht nur zugelassen, sondern auch ermutigt. Das waren die dem Problem innewohnenden Schwierigkeiten. Langwierige Verhandlungen, die sich mehr als zwei Jahre nach Friedensschluß hinzogen und eine große Bevölkerung in angstvoller Ungewißheit über ihr politisches Schicksal ließen, vermehrten die Schwierigkeiten noch beträchtlich. Mit der Prüfung des Problems beauftragte der Rat zunächst einen Ausschuss, der sich aus vier Ratsmitgliedern zusammensetzte, und zwar aus je einem Vertreter Belgiens, Brasiliens, Chinas und Spaniens. Seine Arbeit überzeugte den Ausschuss davon, daß die Frage nicht dadurch gelöst werden könne, indem einfach eine Grenzlinie aufgestellt werde, entweder ausschließlich auf Grund der Volksabstimmung oder auf Grund wirtschaftlicher Überlegungen oder infolge eines Ausgleiches zwischen beiden Methoden. Hätte man ohne eine andere Bestimmung die Grenze nach einer dieser Methoden aufgestellt, so wäre man zu den verhängnisvollsten Erscheinungen gelangt. Infolgedessen beschloß der Völkerbundrat nach gründlichem Studium, eine neue Grenzlinie zu empfehlen und vorzuschlagen, daß während einer bestimmten Periode Garantien gegen jede Verletzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen geboten werden, wobei diese Periode lange genug währen müsse, um eine vollständige wirksame wirtschaftliche Anpassung zu ermöglichen. Allgemein anerkannte Sachleute wurden damit beauftragt, gleichfalls die notwendigen wirtschaftlichen Bestimmungen zu studieren. Die betreffenden Personen gehörten den technischen Organisationen des Völkerbunds an und unterlagen keinerlei Einflüssen, sowohl was ihre Nationalität, als auch die Politik der Behörden betrifft, die sie ernannten. Sie wurden von vier Ratsmitgliedern aufgefordert, die allgemeinen Maßnahmen zu unteruchen, welche die Fortführung des wirtschaftlichen Lebens in Oberschlesien sichern und die Schwierigkeiten der Uebergangsperiode auf ein Mindestmaß beschränken müssen. Die Projekte, worin die betreffenden wirtschaftlichen Bestimmungen vorgeschlagen werden, sehen in einer langen Periode, in gewissen Fällen für 15 Jahre, eine Reihe von Vereinbarungen vor. Diese Vereinbarungen beziehen sich auf die unparteiisch gerechte Regelung der Eisenbahnfrage, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Zollfreiheit für zahlreiche Erzeugnisse, wie Kohlen und Zink, Beibehaltung der deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in dem an Polen abgetretenen Gebiet. Der Rat schlug gleichzeitig mit Annahme dieser Projekte Garantien für die Volksminderheiten vor, da er in ihnen wesentliche Ergänzungen einer politischen Grenzordnung erblickt. Nur auf diese Weise wäre es möglich, den politischen Wünschen der Einwohner die größte Befriedigung zu gewähren und ihnen gleichzeitig den Fortbestand im wirtschaftlichen Wohlergehen zu sichern.

### Eine Sitzung der Völkervertragskonferenz

\* Paris, 13. Oktober. (Tel.) Die Völkervertragskonferenz hielt heute vormittag eine Sitzung ab, über die jedoch kein Bericht herausgegeben wurde.

### Die Einwirkung auf die Börse

As. Berlin, 13. Oktober. (Priv.-Tel.) Die ungünstigen Nachrichten über die oberste Frage haben die Kurse für ausländische Zahlungsmittel in Berlin sprunghaft in die Höhe getrieben. Der Dollar stieg im Verlauf der heutigen Börse bis auf 143/2, aber auf den ausländischen Börsenplätzen trat starke Gegenneigung für die Mark ein.

### Die Konferenz zur Wiederherstellung der Weltwirtschaft

\* London, 13. Oktober. (Tel.) Die Konferenz für die Wiederherstellung der Weltwirtschaft hat nach Anträgen von Ransel und Krassin eine Entscheidung angenommen, in der alle Regierungen, soweit sie dazu imstande sind, aufgefordert werden, für die Unterstützung Rußlands Kredite zu gewähren ohne Bedingungen zu stellen, durch die sich die Mächte in Rußlands innere Verhältnisse einmischen.

### Änderung der Form der deutschen Reparationszahlungen

\* London, 12. Oktober. Heute vormittag wurde unter dem Vorsitz von Lloyd George eine Sitzung des Kabinetts abgehalten, in der Vorschläge zur Änderung der Form der deutschen Reparationszahlungen erörtert wurden. Außerdem kamen Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Hebung des Handels sowie die Washingtoner Konferenz zur Sprache.

### Ein deutsch-litauischer Memellandbund

Ist am 9. Oktober 1921 als Vertretung aller in Deutschland wohnenden geborenen Memelländer und Memellandfreunde unter zahlreicher Beteiligung von Einzelmitgliedern und bereits bestehenden Ortsvereinen, wie gemeldet, in Berlin gegründet worden. Es wird uns dazu noch aus Berlin geschrieben:

Die unerschütterliche Liebe der abgetretenen memelländischen Heimat und das unzertrennbare Gemeinschaftsgefühl der geborenen Memelländer mit ihren Heimatbrüdern hatten mit Macht zu dieser Vereinigung gedrängt. Zu der Gründungsitzung waren die Vorstandsmitglieder des Berliner Reichsvereins und Vertreter von Ortsvereinen aus Elst, Königsberg, Essen, Duisburg, Dortmund, Gelsenkirchen, Düsseldorf und aus anderen Orten des Industriegebietes erschienen. Außerdem hatten im Werden begriffene neue Ortsvereine Zustimmungserklärungen gesandt. Die bereits bestehenden Vereine setzen sich zur Hälfte aus Memelländern litauischer Herkunft zusammen, die mit besonderer Wärme sich zu enger Gemeinschaft mit den deutschen Brüdern aus der gleichen Heimat bekannten.

Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden des Reichsvereins, Postinspektor Ernst Samel, wurde in großen Zügen die künftige Organisation festgelegt, wonach der Reichsverein den Namen „Deutsch-Litauischer Memellandbund“ annimmt und sich ihm die Ortsvereine im Reich als körperschaftliche Mitglieder anschließen. Von den verschiedensten Seiten, namentlich von geborenen Litauern, wurde betont, daß man die Gemeinschaft der Deutsch-Litauer mit den deutschen Memelländern unter allen Umständen im Namen zum Ausdruck bringen müsse. Der Bund ist vollkommen selbständig, er unterhält und erstreckt keinerlei organisatorischen Zusammenhang mit dem Deutsch-Litauischen Heimatbund im Memelgebiet selbst. Es wurde vielmehr die gegenseitige vollständige Unabhängigkeit festgesetzt. Der Bund will, solange nicht besondere Aufgaben an ihn herantreten, im wesentlichen als ein kultureller Verein wirken und Aufklärung über das Memelland und seine Interessen in weitere Kreise tragen. Es wurden in voller Einmütigkeit wichtige Beschlüsse über die künftige praktische Wirksamkeit gefaßt.

Dr. Felix Vorharder gab alsdann eine Uebersicht über die in Betracht kommenden staatsrechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen, sowie über die Möglichkeiten des zukünftigen politischen Schicksals des vom Deutschen Reich und dem übrigen Memelland abgetrennten Memelgebietes. Es wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß das abgetretene Nord-Memelland und das bei Ostpreußen und dem Deutschen Reich verbliebene Süd-Memelland sowie die angrenzenden Gebiete bisher in enger wirtschaftlicher und kultureller Verbindung gestanden hatten. Diese auch heute noch zu Recht bestehende Wahrheit dürfe nicht unberücksichtigt bleiben und die zahlreich bestehenden Gemeinschaftsbände dürften bei keiner irgendwie gearteten politischen Entscheidung Schaden leiden. Der Ausbreitung der großlitauischen Agitation in Ostpreußen müsse das Reich unbeschadet eines guten arbeitspolitischen Verhältnisses mit dem litauischen Staate oder gerade im Interesse eines solchen entgegenreten. Es sei anzuerkennen, daß die Besatzungsbehörde bisher dem Lande Ruhe und Ordnung gewährleistet habe. Das Memelgebiet müsse auch künftig durch die Mächte vor der Einbeziehung in kriegerische Verwicklungen bewahrt werden. Das Schicksal des abgetretenen Gebietes dürfe nicht gegen dessen Lebensinteressen und unter Ausschaltung seines Selbstbestimmungsrechtes entschieden werden. Der memelländische, deutsch-litauische Kulturcharakter und die Beziehungen mit dem Schwestergebiet diesseits der Memel sollten unangefastet bleiben.

Diese mit leidenschaftsloser Objektivität begründeten Forderungen wurden nach überaus lebhafter Aussprache einmütig dem künftigen Wirken des Bundes zugrunde gelegt, der von nun ab bestrebt sein wird, als die legitime Vertretung des deutsch-litauischen memelländischen Volkstums diesseits der Memel (also in Deutschland) aufzutreten.

Eine gesellige Zusammenkunft im großen Saal der großen Völkervertragskonferenz, an der Hunderte von Männern und Frauen aus Berlin und dem Reich teilnahmen, bildete den Schluß des Gründungsaktes. Dabei wurde die Heimat in ihren schönsten Partien im Lichtbilde den Teilnehmern vor Augen geführt. As.

### Der Seleidigungsprozess Simonaitis-Kubillus

Der Termin zu dem Prozess, der am Montag das Preussische Landgericht beschäftigen sollte, ist, wie wir erfahren, auf Antrag des Landesdirektors Simonaitis aufgehoben worden. Ueber den neuen Termin ist noch nichts bekannt.

### Die Burgenland-Konferenz

\* Venedig, 13. Oktober. (Tel.) Die Vertreter Oesterreichs und Ungarns, die sich auf Einladung des Ministers della Torretta hier eingefunden hatten, traten am Dienstag vormittag zu einer Sitzung zusammen. Nachdem der italienische Minister das Ziel der Zusammenkunft dargelegt hatte, zog sich die ungarische Abordnung zurück. Darauf sprach sich die österreichische Abordnung über die Einzelheiten ihrer Auffassung der zur Erörterung stehenden Frage aus. Das Gleiche geschah seitens der ungarischen Abordnung, nachdem die Vertreter Oesterreichs den Verhandlungsraum verlassen hatten. Am Dienstag abend und am Mittwoch wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Nach einander Prüfung aller in Betracht kommenden Fragen gelangten die Vertreter beider Staaten zu einer Verständigung. Das Protokoll über die Ergebnisse der Konferenz wurde am Mittwoch abend von den Bevollmächtigten unterzeichnet.

Ueber die Einzelheiten der Vereinbarungen in Venedig erzählt der dorthin entsandte Sonderberichterstatter des „Ungar. Korr. Bl.“ folgendes: Nach Lage, nachdem die interalliierte Generalkommission die erfolgte Entlassung schweblich hat, wird in Oedenburg und Umgebung, Neudorf und Brennbach unter der Kontrolle der Kommission eine Volksabstimmung abgehalten. Was die infolge der Uebergabe Oesterreich gegenüber erhobenen finanziellen Forderungen Ungarns betrifft, werden in dieser Frage in 14 Tagen Verhandlungen in Wien eröffnet werden. Wenn diese binnen 14 Tagen nicht zu einem Ergebnis führen, wird gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Trianon ein gemischtes Schiedsgericht über diese Frage entscheiden.

### Ungarische Unternehmung gegen Wien geplant?

\* Wien, 13. Oktober. (Tel.) Die Abendblätter berichten: Nach den an militärischen Stellen vorliegenden Meldungen der letzten Tage erscheine es sicher, daß die Ungarn eine größere Unternehmung gegen Wiener-Neustadt planen. In der Ostgrenze des Burgenlandes, im südlichen Teile und am Neusiedler Weg seien Truppenmassen zusammengezogen, die heute bereits nach vorrückenden Schätzungen 40 000 Mann betragen. Die Ungarn machten zwei Stökolonnen marschbereit, von welchen die eine einen Angriff auf Wiener-Neustadt unternehmen und die andere zunächst gegen den Semmering und von hier ebenfalls gegen Wiener-Neustadt vorgehen soll. Diese Kolonnen sollen, wie die Märier weiter melden, sich in erster Linie der großen Munitionslager bemächtigen und die starken Arbeiterwehren am Steinfeld mit einem Schlag beseitigen. Dann dürfte zu einer Unternehmung gegen Wien geschritten werden. Heute wurde in Wien ein monarchistisches Flugblatt verbreitet, das die österreichischen Soldaten auffordert, nicht auf die Ungarn zu schießen, sondern zu ihnen überzugehen. Wie die Abendblätter melden, wurden in der Vorwoche die Hauptleute Prabil und Raffits des österreichischen Alpenjägerbataillons unter dem Verdacht des Einverständnisses mit den ungarischen Bandenführern und des Diebstahls von Maschinengewehren verhaftet.

\* Wien, 12. Oktober. Bei einem Transport von 300 Handgranaten, die für eine Truppenübung bestimmt waren, explodierten aus bisher unbekannter Ursache ein Munitionswagen. Der den Wagen begleitende Sergeant wurde getötet, drei Personen wurden verletzt. Durch die Explosion wurden sämtliche Benzinbehälter in der Umgebung zertrümmert.

### Der amerikanische Staatssekretär Knox

\* Washington, 13. Oktober. (Tel.) Der ehemalige Staats- und Senator Knox ist infolge Schlaganfalls gestorben. „Reuter“ meldet aus Washington, daß man annehme, daß infolge Ablebens des Senators Knox die Ratifizierung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages sich etwas verzögere.

\* Washington, 13. Oktober. (Tel.) Der Privatsekretär des „Reuter“ meldet: Führende Persönlichkeiten des Senats, die Ratifikation des Friedensvertrages mit Land werde innerhalb weniger Tage erfolgen.

### Von der Mandschonenferenz

\* Genf, 13. Oktober. (Tel.) In der zweiten Sitzung der Konferenz betreffend die Neutralisierung der Mandschurei in sich selbst legten die finnischen und schwedischen Delegierten den beiden Regierungen ausgearbeitete Pläne über die Neutralisierung der Inseln vor. Der polnische Delegierte erklärte, daß die Verhandlungen zu beschleunigen, den Vorschlag an der Konferenz teilnehmenden Vertreter dreier Mächte, die die Inseln nicht an die Ostsee grenzen, nämlich Frankreich, England und Italien; mit der Ausarbeitung eines Verständnisses zu beauftragen. Der deutsche Vertreter nahm gegen die schlag Stellung und beantragte die sofortige Eröffnung der Verhandlungen über die einzelnen Punkte der Pläne Finnlands und Schwedens. Die Vertreter Finnlands und Schwedens schloß jedoch dem Vorschlag des polnischen Delegierten an, der auch von Vertretern der drei Großmächte unterstützt wurde, die sich zur Annahme der Aufgabe bereit erklärten. Der Vorschlag des polnischen Delegierten wurde hierauf einstimmig angenommen. Die Vollendung der Konferenz findet Donnerstag statt.

### Eine Zwangsanleihe für die lettische Landwirtschaft

Zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gedenkt die lettische Regierung, wie der Gehilfe des Landwirtschaftsministers einem Mitarbeiter der „Rigaer Jaun. Sin.“ mit demnächst umfassenden Maßnahmen zu ergreifen. Der gesamte Schaden, — Gebäudeschaden, Verlust an lebendem und totem Vieh sowie der Schwund der Ertragsfähigkeit des Grund und Bodens — beläuft sich auf 12 Milliarden Lettische Rubel. Da die wirtschaftliche und somit politische Kraft des Landes auf einer starken Landwirtschaft beruht, werden die Wirtschaften der zerstörten Gebiete, die organisierte und wirtschaftliche Tradition findende Einheit darstellten, sich unter die Arme zu greifen, umso mehr, als die durch die Agrar durch die Schaffung von Kleinwirtschaften bezweckten Resultate Erhöhung der Gesamtproduktion des Landes hervorgerufen, was früher als in 10 Jahren sich werden bemerkbar machen. Um wenigstens teilweise dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zuzuhelfen, gedenkt die Regierung eine innere Zwangsanleihe, die obligatorisch allen Besitzern von Grund und Pächtern, Kaufleuten, Industriellen und Hausbesitzern anzuwenden soll, auszufordern. Die näheren Bestimmungen werden vom Finanzministerium auf dem Dringlichkeitswege ausgearbeitet.

### Zur litauischen Agrarreform

Der verfassunggebende Landtag Litauens beschäftigt sich mit der „Agrarreform“. Aus Rom meldet, daß mit dem Abschluß der „Agrarreform“. Danach wird künftig niemand mehr als 180 Hektar Grundbesitz sein eigen nennen, das übrige Land „enteignet“ gegen die minimale Entschädigung von 80—100 Lit für den Hektar. Für Winterfelder, Plantagen, Gärten und Obstgärten der früheren Besitzer bis 1000 M. für den Hektar, schädigt werden die Besitzer jedoch nicht mit Bargeld, sondern Hypothekenbriefe, die der Staat ausstellt und durch Verpfändungen zum Kennwerte einlöst und tilgt. Das enteignete Land soll landlosen oder landarmen Landleuten überlassen werden. Einer der Begründer Litauens äußerte sich über die „Agrarreform“ folgendermaßen: „Es ist ein demagogisches Manöver, das uns die Existenz ruinieren wird und wobei die „Landlosen“ nach dem litauischen Staate zum Segen gereichen. Der Kardinalfehler dieser „Agrarreform“ ist, daß sie nicht von wirtschaftlichen, sondern ausschließlich von politischen Rücksichten diktiert wird.“ Und wie Herr Smetona, so urteilen viele führenden Männer Litauens.

### Besprechungen mit Berenski

\* Prag, 12. Oktober. „Narodni Dlisty“ meldet: Einige der russischen sozialrevolutionären Parteien sind nach Prag reist, um an einer Besprechung unter Berenski teilzunehmen. Die Sozialrevolutionäre erklären sich angelehnt, in die Koalitionsregierung einzutreten, falls die Bolschewisten sich entschließen, die Konstituanten einzuberufen, eine Amnestie für die politischen Verurteilten zu bewirken und den sozialrevolutionären Führern für ihre heimtücklichen Vorkriegsaktionen zu vergeben.

### Weitere Proteste gegen die Teilung Oberschlesiens

\* Berlin, 13. Oktober. (Tel.) Einige erheben sämtliche schärfsten Proteste gegen die in Genf gefällte Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens. Die „Dtsch. Allg. Ztg.“ schreibt: Der Völkerbundrat hüfte durch sein Eintreten zur Verhinderung der Teilung Oberschlesiens den letzten förmlichen Rest zu sein, den er in der Welt vielleicht noch besaß. Bleibt es bei der Obersten Rat die bisher stütztere Aufstellung Oberschlesiens, so ist die gerade Grundlage gesunken, auf der politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands sich aufbaute. Enttäuschung über Oberschlesien reißt nicht nur das Kabinett in den Abgrund, auch die Bildung einer neuen Regierung — man sich deren Zusammenbau im Einzelnen denken, wie man will — wird so gut wie illusorisch. Hinter dem Verlust Oberschlesiens droht das graue Gewesent eines Chaos, einer Welt aus der das verzweifelte deutsche Volk sich nicht mehr herauskann. — Das „Berl. Tagebl.“ bezeichnet die Entscheidung des Völkerbundsrates als weltgeschichtlichen Skandal. Der Völkerbundrat habe sich mit grenzenloser Oberflächlichkeit und unter völliger Mißachtung jeglicher wahrer Rechtsideen zum Werkzeug der waltypolitiker und Intriganten gemacht. Von Unparteilichkeit und Gerechtigkeit sei in seinem Wirken keine Spur zu entdecken.

\* Berlin, 12. Oktober. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Gewerkschaft der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Beamtenbund an den Völkerbundrat, Lloyd George und Briand ein Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt: Nach übereinstimmenden Äußerungen der Schweizer, Pariser und englischen Presse hat der Völkerbundrat die Teilung Oberschlesiens beschlossen. Falls dies zutrifft, erheben die deutschen Arbeiter- und Beamtenverbände die schärfsten Einsprüche. Die unterzeichneten Organisationen, die insgesamt 14 Millionen Mitglieder vertreten, mit Familienangehörigen rund 40 Millionen deutscher Staatsbürger umfassen, haben sich geschlossen hinter das Reparationsprogramm der Regierung gestellt. Jede Abtrennung wirtschaftlicher Quellen von Deutschland macht die Durchführung des Programms unmöglich. Gerechtigkeit sowie die Deutschland zu legen und von ihm anerkannten Pflichten erheischen gebietet die Belassung Oberschlesiens bei Deutschland.

\* München, 13. Oktober. (Tel.) Am 16. Oktober findet von den Vertretern aller Parteien von den Mehrheitsparteien zu den Delegationen beschlossene Massenversammlung der bayerischen Bevölkerung für ein ungeteiltes Oberschlesien statt.

Neues vom Tage

Otto von Giehrke

Otto von Giehrke, einer der bedeutendsten Juristen unserer Zeit, ist Montag abend in Berlin gestorben.

Durch Gas vergiftet

Der beschäftigungslose Arbeiter Kade vergiftete sich gestern in seiner Wohnung in der Adolfsplatzstraße durch Gas.

Ein Reford-Beinjahr

Aus dem Rheingau wird berichtet, daß ein 1921er Rheingauer Nektar von unübertrefflicher Qualität ist.

Eisenbahnunglück in Spanien

Bei Merida ist ein Personenzug infolge der anhaltenden Unterfüllung des Bahndammes umgefallen.

Der Rappist Schiele nach Leipzig übergeführt

Der von der bayerischen Anzoltzeit in Salzburg verhaftete Arzt und Volkswirt Dr. Wilhelm Schiele, der wegen Teilnahme an dem Rapp-Putsch verurteilt wurde, wurde gestern auf Verlangen des Oberstaatsanwalts vom Münchener Gerichtsgefängnis nach Leipzig übergeführt.

Bürgerkrieg in China

Einer „Exchange“-Meldung aus London zufolge erhielt der chinesische Vertreter in den Vereinigten Staaten ein Telegramm, wonach die Kantongregierung den militärischen von Peking den Krieg erklärte.

Die englische Delegation für die Abrüstungskonferenz

London, 13. Oktober. (Tel.) „Daily Telegraph“ berichtet, es werde eine englische Delegation nach Washington entsandt.

Englisch-amerikanische Finanzverhandlungen

New York, 13. Oktober. (Tel.) Der frühere englische Schatzkanzler Mac Kenna ist mit einem finanziellen Auftrag der amerikanischen Regierung hier eingetroffen.

König Alexander nicht abgedankt

Paris, 12. Oktober. Die serbische Gesandtschaft widerlegt in aller Form das Gerücht, wonach König Alexander daran denken würde, zugunsten seines Bruders Georg abzutreten.

Lozales

Memel, den 14. Oktober 1921.

[Paßbestimmung.] Auf Vorschlag des Oberstaatsanwalts ordnet Oberkommissar Petzsch, wie wir dem „Amtsblatt“ entnehmen, daß jede Person, ob Memelländer oder Nichtmemelländer, nur im Besitze eines einjährigen Passes ausreisen darf.

[Telegraphen- und Fernspreckgebühren nach den Ausländern.] Der Oberkommissar macht im „Amtsblatt“ bekannt, daß für die Telegramme nach dem Ausland jetzt folgende Gebühren für ein Wort erhoben werden:

[Gemeinnützigkeit einer Lotterie des Vereins der Frauen.] Der Oberkommissar hat eine Bekanntmachung des Landesdirektoriums im „Amtsblatt“ veröffentlicht, die die Veranstaltung einer Lotterie zum Besten des Memeler Vereins der Frauen betrifft.

[Kreisfiskalämter.] Die Kreisfiskalinspektionen führen, wie die Bekanntmachung des Landesdirektoriums im „Amtsblatt“ zeigt, fortan die Bezeichnung „Kreisfiskalämter“.

[Standesamt der Stadt Memel vom 13. Oktober 1921.] Gesehliche Ehen: Kaufmann Hans Benno Curt Mielle von hier mit Alwine Elisabeth Karoline Kühnhold.

[Liedertafel-Venefiz.] Zu dem am nächsten Mittwoch im Schützenhause stattfindenden Benefizkonzert der Liedertafel für ihren Dirigenten Musikdirektor Alexander Johow ist der Billet-Verkauf in der Buchhandlung von Rob. Schmidt Nachf. (Börse) bereits eröffnet worden.

[Verborgenes Motorboot.] Vom Landesdirektorium wurden das hiesige Seelotomotort und die Werft Bindenau beauftragt, das kürzlich bei Perwel gestrandete für Memel bestimmte Motorboot zu bergen.

[Unfall auf der Lindenauschen Schiffswerft.] Gestern nachmittag stürzte auf der Schiffswerft von Lindenaus & Co. der Hilfsklotter Fröhlich von dem vier Meter hohen Gerüst, das ihm das im Bau befindliche Schiff errichtet ist, herunter.

[Herzbrand in der Winterhafen.] Als Leiche wurde der fünfjährige Sohn Siegfried des Elektromonteurs Schutties aus dem Winterhafen geborgen.

[Wiederkühe.] In der Nacht vom 10. Oktober wurde ein Viehbesitzer in Litauen eine Schimmelmilch mit Fohlen gekostet.

[Herzbrand in der Winterhafen.] Als Leiche wurde der fünfjährige Sohn Siegfried des Elektromonteurs Schutties aus dem Winterhafen geborgen.

[Wiederkühe.] In der Nacht vom 10. Oktober wurde ein Viehbesitzer in Litauen eine Schimmelmilch mit Fohlen gekostet.

[Standesamt der Stadt Memel vom 13. Oktober 1921.] Gesehliche Ehen: Kaufmann Hans Benno Curt Mielle von hier mit Alwine Elisabeth Karoline Kühnhold.

Handel und Schifffahrt

Berliner Börse.

Berlin, 13. Oktober. (Tel.)

Die Börse stand unter dem Einfluß der Meldungen über die ungünstige Entscheidung des Völkervertrags in der überflüssigen Frage und der damit zusammenhängenden Devisenkaufe.

Kurs-Devisen

Table with columns for exchange rates and prices. Includes entries for Deutsche Bank, Disconto-Komm., Dresdner Bank, etc.

Telegraphische Ausgabekurs

Table with columns for telegraphic rates. Includes entries for Amsterdam, Antwerpen, Brüssel, etc.

Markkurse im Ausland: Holland 2,12-2,13, Kopenhagen 3,85, Stockholm 3,20 und Paris 10.— (Priv.-Tel.)

Vom Berliner Produktmarkt. Berlin, 13. Oktober. (Tel.) Die scharfe Steigerung der Devisenkurse hatte am Produktmarkt eine einschneidende Beseitigung zur Folge.

Memeler Schiffsnachrichten

Table with columns for ship names, destinations, and agents. Includes entries for Stella ED, Komm. Greif, etc.

Am 13. Oktober: 12 Uhr am Regelland 0,50 m. — Wind: SW. 1. — Strom: aus, zulässiger Tiefgang: 5,9 m.

Wetterwarte

Wettervorausage für Freitag, den 14. Oktober: Trocken, sowie wolfig, teils heiter und ziemlich kühl bei schwachen, veränderlichen Winden.

Temperaturen in Memel am 13. Oktober: Morgens 6 Uhr: + 2,2 Grad Celsius, 9 Uhr: + 9,5, mitt. 12 Uhr: + 10,0, nachmittags 3 Uhr: + 12,2, 5 Uhr: + 11,0 Grad Celsius.

Witterungsübersicht von Donnerstag, den 13. Oktober, 8 Uhr morgens.

Bei schwachen, veränderlichen Winden herrschte gestern in unserm Bezirk trockenes, wolfiges, teils heiteres und ziemlich kühles Wetter.

Table with columns for observation points, weather, temperature, and wind direction. Includes entries for Königsberg, Ankerburg, etc.

Wetter-Bericht für die Ostseehäfen von Donnerstag, den 13. Oktober, 8 Uhr morgens.

Uebersicht der Witterung: Luftdruck: Nordbrudgebiete 771 England, Süddeutschland, Tiefdruckgebiet 751 Nordbrudgebiete. — Wind: Leichte veränderliche Winde. — Wetter: Wolfig, teilweise neblig, morgen Fortdauer.

Table with columns for stations, barometer, wind, weather, temperature, and remarks. Includes entries for Stubeßnaes, Balf, etc.



# Beilage des Memeler Dampfboots

Nr. 241 73. Jahrgang

Memeler und Grenz-Zeitung

Freitag, den 14. Oktober 1921

## Memelgau und Nachbarn

**Königsberg, 12. Oktober.** [Königsberger Hafenanlagen und der Bauten der Dämme durch ostpreussische Reichstags- und Landtagsabgeordnete statt. Die Nachrichtenstelle des Magistrats teilt hierzu mit, daß zwei Witten der ostpreussischen Volkswirtschaft an Ort und Stelle ans Herz gelegt werden müßten: 1. Die schleimige Vorlage eines Gesetzesentwurfs, durch den die zur Fertigstellung des Hafenedens IV und zur Errichtung eines Freibezirks (Ausbau und entsprechende Herrichtung eines Hafenedens III) erforderlichen Mittel von insgesamt 107 Millionen Mark bewilligt werden; 2. nötigenfalls schon vorher vorzuschickende Anweisung der Summen, die erforderlich sind, um die planmäßige Fortführung der im Gange befindlichen Bauarbeiten zu ermöglichen. — Nachdem man dem am Hafeneden IV liegenden Gruppenweicher der Königsberger Speicher A-G, in Augenchein genommen hatte, wurde das Dach des bereits zu beträchtlicher Höhe gediehenen Gebäudes bestiegen, um von hier aus einen aufsteigenden Ueberblick über die Anlagen des Hafenedens III und IV zu gewinnen. (Der projektierte Ausbau der Becken I, II und V mußte bekanntlich zurückgestellt werden.) Bürgermeister Dr. Goerdeler führte diese Wünsche der Stadt und die Wichtigkeit der schneller Beendigung der Hafenebauten den Abgeordneten vor Augen. Die Stadt Königsberg, die ursprünglich durch die Bewilligung von rund 25 Millionen Mark die Last des Hafenausbau allein auf sich nehmen wollte, befindet sich jetzt in einer finanziellen Lage, welche eine Belastung über diese bereits aufgewandten 25 Millionen Mark hinaus unmöglich macht. So müsse die Stadt an Reich und Staat herantreten. Ohne den geplanten Hafen und den gleichzeitig zu vollendenden Freibezirk könne der Handel der Stadt und der Provinz unter den jetzt durch den Friedensvertrag geschaffenen Verhältnissen nicht mehr konkurrenzfähig bleiben; Handel und Wandel würden dann in Kürze lahmgelegt, und ein solcher Niedergang müsse für das Gesamtvolk und die ungünstigsten Folgen nach sich ziehen. Für Westpreußen, für Hamburg und Bremen seien teils vom Reich, teils von großen Summen bewilligt worden, teils schwerer Verhandlungen über weitere Bewilligungen. Gerade der Handel Königsbergs aber und der gesamten abgetrennten Provinz Ostpreußen sei in viel höherem Maße gefährdet, denn hier in den vom Reich abgetrennten Gebieten handele es sich um einen Existenzkampf. Nur durch das erforderliche Werkzeuge in Gestalt leistungs- und konkurrenzfähiger Hafenanlagen könne dieser Kampf mit Erfolg geführt werden.

**Elbing, 11. Oktober.** [Die abtretenden Ohren.] Wir lesen in der „Elb. Zig.“: Mein Freund Theodor las kürzlich in einer Zeitung eine Anpreisung über ein Mittel, das nach kurzer Anwendung abtretenden Ohren wieder die übliche Fassung geben würde. Da nun Theodor's Ohrmuschel eine starke Wölbung nach auswärts aufwies, beschloß er, das Mittelchen kommen zu lassen. — Ein Nachnahmepäckchen traf ein und Theodor mußte 13,50 Mark Gebühren bezahlen. In der Sendung lag ein Päckchen mit Dextrin und eine Gebrauchsanweisung, in der zu lesen war: „Man rieche den Wein zu einem dicken Kleister, bestreiche die Ohren damit und kläbe Sie an den Kopf! Erfolg sofort.“

**Ribau, 13. Oktober.** [Die Rückwandererhäfen Pillau und Libau.] Der ostpreussische Hafen Pillau hat in letzter Zeit, wie eine Zuschrift der „S.“ hervorhebt, als Durchgangspunkt für den Rückwandererverkehr aus Amerika nach Litauen dem Abwanderer Hafen den Vorrang abgelaufen. Das sei dadurch zu erklären, daß zur Einreise nach Lettland eine Menge Formalitäten zu erledigen sind und ein besonderes Transitivisum gegen Zahlung von 5 Dollar zu beschaffen ist und ferner noch in Libau eine Abgabe von 1 Goldfrank notwendig ist. Durch alle Formalitäten und Zahlungen abgesehen, pflegen litauische Auswanderer nach Amerika auch ihren Weg über Pillau und Danzig zu nehmen, nicht aber über Ribau, wie das früher üblich war.

### Meine Chronik

Unter den Föhlen des Rittergutbesizers Gubba in Güh-  
hfen ist amtierärztlich Druze festgestellt. Es wird die Gehör-  
sperre verhängt.

Amtsgerichtsrat Dr. Sinker in Sendekrug scheidet mit dem  
1. Oktober 1921 aus dem Dienste der Justizverwaltung des Memel-  
gebiets aus.

Die Ausübung der Fleischbeschau und Trichinenschau  
im Schaubezirk Ruß, der die Ortschaften Ruß, Amath, Sieche, Stri-  
wisch II, Kuwertshof, Zulkerrage, Bokallna, Jodekrandt, Warrus,  
Stimietell und Tattamischnen umfaßt, ist dem Fleischbeschauer Franz  
Schneiler von Ruß übertragen.

## Antony van Obbergen

Danziger Roman von Elise Sparwasser

Copyright 1919 by Danziger Neueste Nachrichten Fuchs & Cie., Danzig  
36. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

Tief neigte sie das greise Haupt. Das spärliche, schneeweiße Haar  
fiel ihr wie in die Stirne. Da gab der Herr das Zeichen. Es  
schwangen die Knechte die Fackeln. In all den Hunderten von Blicken  
glomm die gleiche Bitterkeit, die gleiche Spannung, die gleiche Grausamkeit.  
Der Holzstoß rauchte. Rot züngelten die Flammen aus dem dünnen  
Reißig und ergriffen den nackten Fuß der Frau. Sie bäumte sich in  
rasendem Schmerz, ohne einen Laut zu tun, warf den Kopf zurück und  
sah von ungefähr in die Augen Obbergens. Eifrig kalt rann es diesem  
durch alle Glieder. Der letzte Wille lag ihm gallbitter im Munde.  
Wie gebannt hielt er den Blick des Weibes an und dachte dabei an  
das Christusbild im Hause der Signora Lucrezia. Und an seinen  
Hund dachte er, dem er den Gnadenstoß gegeben, da er alt und schwach  
geworden. Fühlte das Weib am Marterspfahl seine Gedanken? Sie  
ließ die weit aufgerissenen Augen nicht von ihm, bis die Rauchwolken  
sie vollends einhüllten und eine mächtige Flamme über ihr zusammenschlug.

Das grausige Schauspiel war aus. Die erstarrte Menschenmasse  
lebte wieder, bewegte sich, schob durcheinander, zankte und eiferte.  
Jaac von dem Blocke stand mit gerötetem Gesicht und atmete kurz  
und heftig. Bredemann de Bries trommelte mit seinen mageren Greisen-  
händen erregt gegen die Scheiben, und der Hausherr sagte mit er-  
zwungenem Gleichmut: „Laßt uns einen guten Trunk tun! Die  
Alte war unheimlich in ihrer Ruhe!“

Antony van Obbergen trocknete sich den Schweiß, sah noch einmal  
hinunter auf die Nichtskätte, wo in dem großen, glimmenden Schutz-  
haufen die Knochen der Greisen lagen, und fragte mit rauher Stimme:  
„Wie hieß doch der Mann, der vor einem Jahrzehnt durch das  
Land zog und predigte, es gäbe keine Hegen und keine Zauberei? Und  
es sei alles böser Wille und schlimme Nachrede, die man dem Nächsten  
antue, und werde sündhaft gerächt am jüngsten Tag?“

„Zur meint den Johann Weyer?“ fragte Bredemann de Bries  
nachdenklich. Aber der Hausherr fiel ihm in die Rede:

„Schweig, wir wollen trinken! Und diese letzte Stunde darüber  
vergessen! Wohl uns, daß wir leben und dereinst eines friedlichen  
Todes sterben!“

Er hob sein Glas: „Gesundheit, Wohlstand und Freude, Antony  
van Obbergen!“

Der aber machte eine Handbewegung, als wolle er damit den  
Trunkpruch von sich schieben, erhob sich und ging.

Er geriet vor dem Hause in den drängenden, schiebenden Menschen-  
strom, ließ sich willig nach irgendeiner Richtung treiben und hörte wie

Die „Königsberger Volkszeitung“ hatte in einem Artikel be-  
hauptet, daß sich noch Waffenlager in der Provinz Ostpreußen  
befänden. Das Königsberger Oberpräsidium teilt hierzu mit, daß  
eine genaue Untersuchung auf Grund der Aufschuldigungen eingeleitet  
worden ist. Der Schriftleiter des Blattes und die Leitung der  
S. P. D. Ostpreußens wurden aufgefordert, die vorhandenen  
Materialien zur Verfügung zu stellen, um mit aller Unparteilichkeit  
die Untersuchung führen zu können.

Den Ostpreussischen Kleinbahnen droht Betriebs-  
einstellung. Die Abgeordneten Dallmer und Ebersbach haben  
im Preussischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, wonach die  
Firma Benz u. Co. die mit den ostpreussischen Kleinbahnen ge-  
schlossenen Betriebsverträge gekündigt hat. Dadurch entfiel die grobe  
Gefahr, daß die Ostpreussischen Kleinbahnen ihren Betrieb einstellen  
müssen. Angesichts der schweren wirtschaftlichen Folgen gerade jetzt  
während der Kartoffel- und Rübenperiode für die Allgemeinheit und  
durch die Entlassung für das gesamte Personal der Kleinbahnen wird  
um Maßnahmen um die Aufrechterhaltung des Betriebes unter allen  
Umständen sicherzustellen erucht.

Am Montag abend wurde auf der Königsberg-Cranzer  
Bahn zwischen Duednau und Rieselberg der 67 Jahre alte Herr  
August Fischer aus Eigenen auf dem Nachhausewege, auf dem er  
verbotswidrig aus Eisenbahngeleis benutzte, überfahren und sofort  
getötet.

In Königsberg werden vom 13. Oktober ab bis auf weiteres  
Wasserversperrungen eingelegt für die Stunden von 9 bis  
12 Uhr vormittags und von 4 bis 7 Uhr nachmittags. Die anbauernde  
Trockenheit hatte den ganzen Sommer über das Erdreich vollkommen  
ausgedörrt. Die verhältnismäßig recht zahlreichen Niederschläge im  
September vermochten nur etwa 35 Zentimeter tief in den Erdboden  
einzudringen. Nach vorsichtiger Schätzung der in den Teichen befind-  
lichen Wassermengen muß angenommen werden, daß bei vollem  
Wasserverbrauch in dreißig Tagen Königsbergs Wasservorräte er-  
schöpft sind. Man hofft durch die Sperrstunden 3000 Kubikmeter täg-  
lich zu sparen. Sollten sich die Wasservorräte in den Teichen von  
Bargen und Moditten tatsächlich erschöpfen, so wird man  
voraussichtlich dazu übergehen, Oberbachwasser zu filtrieren.

Der Strömungspegel an der samländischen Küste ist  
nicht sehr lohnend gewesen und geht seinem Ende entgegen.

**AUTO-  
vermietung**  
Tel. 739.

Gebr. Preukschat,  
Unterstraße 15.

**Auto - Vermietung.**

Telephon 226.  
P. Lasius, Wühlstr. 62.  
Elektr. Hallestraße v. d. Tür.

**H. Kaireit,**

Tübenstr. 15.

**Tüten u. Papierlager.**

Frischen, selbstgemachten

**Sauerkohl**

empfehlen

**A. Dement,**

Albat Nachf.,  
Bommelsvitte 45.

**Billiger wie sonst:**

trots der großen  
Preissteigerung  
verlaufe ich meine  
alten Bestände in

**Konfektion**

**Tricotagen**

**Strumpfwaren**

**Arbeiterbekleidung**

**Baumwollwaren**

u. a. Artikel.

**C. Wabulat & Co., Neue Straße.**

**Gutes Winterobst**

hat preiswert abzugeben

Frau Gutsbehalter Sitter,  
Sendeburg v. Angelit.

Alte Standuhr, gut erh.

maßig, Karintisch, Sotatisch,  
Petroleumleuchte, Wäsche-  
leine zu verkaufen von 11 Uhr  
Bienenstraße 19, I, I.

**Eiserner Rohherd,**

sehr prakt., mit verstellbarer  
Feuerung, zu verkaufen

Oberstr. 2, beim Schauffeller.

**Theaterglas (Perlm.)** fast

neu, verkauft

Wo? sagt die Exped. d. Bl.

**Chaiselongue** billig zu

verkaufen bei

Fritzwanke, Jägerstr. 15.

**Wintermantel, Wäsche** f.

12-jähriges Mädchen, blaues

Seidenkleid zu verkaufen

Hospitalstr. 15, unten rechts.

**Billiger wie sonst:**

trots der großen  
Preissteigerung  
verlaufe ich meine  
alten Bestände in

**Konfektion**

**Tricotagen**

**Strumpfwaren**

**Arbeiterbekleidung**

**Baumwollwaren**

u. a. Artikel.

**C. Wabulat & Co., Neue Straße.**

## Handel

\* **Bank für Handel und Gewerbe, Königsberg Pr.** Am 8. d. Mts.  
findet in Königsberg eine Aufsichtsratsitzung der Bank statt, in der der  
Halbjahresabschluss 1921 vorgelegt wurde. Das Ergebnis des  
ersten Halbjahres war danach befriedigend. Auch konnte der Vorstand  
mitteilen, daß die Ausfichten für das zweite Halbjahr bisher nicht  
ungünstig sind. Die Bank hat Depositionskassen in D. C. L. a. u.  
und Schirwindt eröffnet. Die Eröffnung weiterer Depositions-  
kassen in Lauenburg in Pommern und an anderen Plätzen ist  
in die Wege geleitet.

\* **Die hohen Vieh- und Fleischpreise in Deutschland.** Sofort nach  
Aufhebung der Zwangswirtschaft über Vieh und Fleisch gingen, wie  
uns aus Berlin geschrieben wird, die Preise stark in die Höhe und  
erreichten ihren höchsten Stand zu Anfang dieses Jahres. Seit dieser  
Zeit sind die Preise auf den Märkten bis zum Juli d. J. ständig  
eine Kleinigkeit zurückgegangen. Vom Juli ab aber setzte wieder eine  
erneute Aufwärtsbewegung in allen Gattungen ein, trotzdem sich die  
Zufuhren ständig nach oben bewegten und auf vielen Märkten die Auf-  
triebsschritte der Vorkriegszeit nicht nur erreicht sind, sondern vielfach  
erheblich überstiegen. So notierten auf den Hauptviehmärkten für  
100 Pfd. Lebendgewicht in Markt:

	Rinder	Kälber	Schafe	Schweine
Juli 1921	200-650	400-975	275-600	1000-1800 Mk.
August 1921	250-725	500-1100	275-675	1100-1500 Mk.
September 1921	250-800	500-1200	250-675	1100-1500 Mk.

Die Auftriebsschritte bewegten sich wie folgt für je 1 Markttag:

	Rinder	Kälber	Schafe	Schweine
Berlin 1914	4486	2746	10179	15882
Berlin 1921	3461	1175	10665	4170
Hannover 1914	104	337	—	1178
Hannover 1921	571	253	523	859
Frankfurt a. M. 1914	267	605	85	1745
Frankfurt a. M. 1921	1652	251	107	1158

und ähnlich liegen die Verhältnisse auf den übrigen Märkten.

\* **Ausbau des Hafens in Reval.** Nachdem man in Reval Bagger-  
arbeiten und die Ausbesserungen der Hafenanlagen schon durchgeführt  
hat, wird jetzt eine weitere Verbesserung durch die Anschaffung  
moderner Kräne vorgenommen. Es wurden bei der deutschen Firma  
Demag 10 Kräne bestellt, und zwar 2 mit je 8 und 2 mit je 7 1/2 Tons  
Tragfähigkeit. Die beiden großen Kräne kosten zusammen frei Reval  
353 000 Reichsmark, die kleinen zusammen 288 000 Reichsmark.  
6 Kräne sollen bei der neuen Weitmole, 4 am Hafeneden I auf-  
gestellt werden.

\* **Lettländs Außenhandel.** Wir entnehmen dem „Latv. Kar.“  
nachstehend auszugswiese einen interessanten Ueberblick über den lett-  
ländischen Außenhandel: In Bezug auf die Einfuhr steht Lettland  
mit Deutschland in den lebhaftesten Beziehungen, da die dortigen  
geschäftlichen Kreise großes Entgegenkommen zeigen und die deutsche  
Markt niedrig steht. Die deutschen Kaufleute geben gern Waren aller  
Art in Konfignation, während andere Staaten derartige Operationen  
ablehnen. Etwa 75 bis 80 Prozent aller Einfuhrwaren kommen aus  
Deutschland, von wo landwirtschaftliche Maschinen, Medikamente,  
Drogen, Eisenwaren, Manufakturwaren usw. bezogen werden; es ist  
sogar vorteilhafter, amerikanisches Mehl aus Deutschland, statt aus  
Amerika zu beziehen. Aus Polen beziehen wir vorzugsweise Petro-  
roleum und andere Rapphaprodukte, die auf unserem Markte die  
amerikanischen Produkte allmählich zu verdrängen beginnen. Aus  
England wird der hohen Valuta wegen nur wenig bezogen; in Be-  
trag kommen Rohstoffe für Seifenfabrikation, Stiesel und einzelne  
Stahlwaren. Aus der Tschechoslowakei wird der Zuder be-  
zogen, ohne daß er, wie bisher, den Umweg über Deutschland nimmt.  
In Zukunft sind engere Beziehungen mit der Tschechoslowakei voraus-  
zusehen, da man von dort nicht nur verschiedene Maschinen, sondern  
auch Steinkohlen zu beziehen gedenkt.

\* **Lettländs Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen.** Der Zentral-  
verein lettischer Landwirte hat eine Aufstellung über den dringendsten  
Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen, der in den nächsten zwei  
Jahren gedeckt werden müßte, gemacht. Er stellt folgende Zahlen auf:  
Pflüge, ein- und zweispännige 11 000 Stück, Eggen und Scharifaktoren  
2500, Kultivatoren 1200, Säemaschinen 550, Grassmäher 3000,  
Getreidemäher 1500, Pflanzmaschinen 3000, Karofelheber 500, Trieure 1200,  
Drehschneidemaschinen 100, Traktore 25. Der Gesamtwert  
dieses Bedarfs wird von dem Verein mit 52 Millionen Mark be-  
rechnet. In Molkereiausrichtungen sind 60 komplette Säbe nötig.  
Man kann den Gesamtbedarf Lettlands an landwirtschaftlichen  
Maschinen und Geräten im Laufe der nächsten zwei Jahre mit rund  
100 Millionen Mark veranschlagen. Die Vereinigung der Genossen-  
schaften für Maschinenemrührung will um größere staatliche Subventionen  
zwecks Ankaufs von Maschinen einkommen.

auf weiter Ferne die eifrigen, erregten Stimmen um sich. Den Sinn  
ihrer Worte nahm er nicht in sich auf. Denn ihn erfüllte nur eine  
Frage, eine furchtbare, gewaltige Frage, die der Blick der Sterbenden  
in Flammenschrift in seine Seele gebrannt:

„Wenn dieses nun alles ein Irrtum ist? Wenn jener Mann, der  
sich Johann Weyer nannte, die Wahrheit sprach? Allmächtiger Gott!  
Und all ihr Heiligen, von wem fordert ihr dann Rechenschaft darüber  
am jüngsten Tage?“

Erüß und grau spannte sich der Winterhimmel über ihm. Vom  
Holzmarkt herüber trieb ein Windstoß einen leisen Brandgeruch bis zu  
ihm hin.

V.

Es war eine aufmerksame Stille in der Winterstube, denn  
Hans von der Linden sprach. Und er sprach gut, das wußte er selbst  
genau, und das wußten alle, die um ihn saßen. Das gab seinen  
Worten eine solche Sicherheit und Ueberzeugungskraft, daß sie sich alle  
willig seinem Einfluß unterordneten.

„Ihr wißt es, wohlwollende Herren, wie schwer unser Stand ist  
in dieser Zeit. Wenige Wochen erst sind verfloßen, daß die Krönung  
des Königs geschah zu Krakau. Und schon zeigt er uns ein ander  
Gesicht als in den Tagen, da er zu Gast weilte in unseren Mauern.  
Rehrte nicht der Herr Syndikus Bergmann zurück, den wir sandten  
an den polnischen Hof, ohne daß man unsere Privilegien bestätigte?  
Stand im Krönungsbeide auch nur ein einziges Wort, das Preußens in  
Wohlmollen gedachte?“

Er wandte sich, breitschulterig und aufgeschwemmt von dem roten  
Wein, den er gern und reichlich trank, sah sich aufmerksam im Kreise  
um und fuhr fort: „Ihr schweig! Und Euer Schweigen ist beredete  
Antwort. Nur frage ich Euch, was soll nun geschehen? Was wird  
die stolze Stadt Danzig antworten auf das Unrecht, das ihr ange-  
tan ward von dem neuen Herrscher, dem sie sich voll guten Glaubens  
anvertraute? In unseren Mauern weilt ein königlicher Botschafter,  
das Pfahlgeld einzuziehen. Was gedenkt Ihr zu tun, Ihr Herren?“

Da erhob sich Herr Syndikus Lemke und sprach ein wenig geziert:  
„Man müßte den König beschämen durch unseren Edelmut, der  
nicht Böses mit Bösem vergilt — —“

„Und ihm das Pfahlgeld senden? Wohl gar noch auf Jahre  
hinans?“ Georg Rosenberg stieß ein kurzes, hartes Aufschauen aus.

„Vielleicht schicken wir damit den Herrn Syndikus gen Warschau, der  
dann den Großen am Königshof zu tun und wissen tut, daß es  
sein Verdienst gewesen von grössten Teil, daß das Pfahlgeld bewilligt  
wurde? Und kehrt zurück, überhäuft mit Ehren und Würden, und  
glaubt selber daran, daß ihm solche mit Recht zukommen?“

„Laßt solch harte Worte, Ihr Herren!“ beruhigte Mathias Kleber  
mit Nachdruck und Strenge. „Wir brauchen, dünkte ich, unsern Sinnen

und unsere Kraft für ernstere Dinge, als zu solchem Gezänke. Es ist  
allerdings Euer Vorschlag sehr wunderlicher Natur, Herr Syndikus.  
Wir sind jedoch nicht willens, es nach dem Gebot der heiligen Schrift  
zu tun und noch das Hemd dem darzubieten, der uns den Rock ge-  
nommen. Oder solltet Ihr nicht wissen, welche schwere Uebergriffe der  
Bischof Rozrazewski plant auf unsere kirchliche Freiheit? Die alle  
geschehen unter den Augen des Königs? Sollte Euch entgangen sein,  
daß man die kleinen Städte im Preußenlande dazu zwingt, ihre evan-  
gelische Hauptkirche zurückzugeben dem alten Glauben? Und daß man  
schon langsam daran geht, dasselbe von den großen Städten zu fordern  
— ja — daß in unseren Mauern Schweigsame, aber sehr tatkräftige  
Helfershelfer des Bischofs ihren Einzug hielten, und sich die Diener  
Jesu nennen — — sollte Euch dieses alles entgangen sein?“

Der Syndikus drehte mit spitzen Fingern an seinem Bart, hatte  
ein hochmütiges, überlegenes Lächeln um den Mund und wich hartnäckig  
den feindseligen, verächtlichen Blicken aus, die ihn von der Schöppens-  
bank trafen.

„Es liegt an Euch!“ sagte er achselzuckend, „ob Ihr hinter allem  
und jedem Berrat wittert und Scheelsucht!“

„Werft uns nicht mit Unrecht solch niedrige Gesinnung vor!“  
fuhr Hans von der Linden auf. „Ich will zu Eurer Ehre glauben,  
daß Ihr schließt viele Wochen, oder daß Ihr eine gute Weile auf dem  
Monde gelebt und so nicht wissen könnt, was sich ereignet währenddem  
auf der Erde. Denn wer nicht blind ist, der sieht, was zu sehen, wohin  
alles zielt, was von Warschau kommt. Selbst ich ward es inne, und  
ich bin ein Mensch, der gerne das Gute glaubt, so lange, bis es nicht  
mehr möglich ist!“

Lemke wollte antworten, Georg Rosenberg sich mit neuem Hohn  
auf ihn stürzen, als der erste Bürgermeister einen kleinen, silbernen  
Hammer ergriff und damit ein paar Schläge auf eine klingende Metalls-  
platte tat auf seinem Tisch.

„Ihr Herren, hört die Antwort, die der polnische Botschafter mit-  
nimmt an den Königshof: Das ist der Beschluß der Herren von  
Danzig: „Gebt uns unsere Privilegien, so senden wir Euch das Pfahlgeld.  
Zeigt uns, daß Ihr unser wohlmeinender, gütiger Herr und  
Schützer seid, dann sind wir in Treuen und Gehorsam Eurer Unter-  
tanen. Gemährt uns unser Recht vorerst, dann tun wir unsere  
Pflicht! — Schreibt!“ wandte er sich an den bären Schreiber  
mit dem Raubvogelgesicht an seiner Seite. Der beugte sich geschäftig  
über sein Pergament und ließ den Gänsefuß kreischend darüber  
hingleiten. Mathias Kleber stand in ruhiger Entschlossenheit neben  
ihm, sah ihm über die Schulter und wiederholte langsam: „Gewährt  
uns unser Recht vorerst. Dann tun wir unsere Pflicht!“

(Fortsetzung folgt.)

